

Volksblatt

Insertionsgebühren
betragt für die gewöhnliche
Rechnung oder deren Raum
15 J. für Wohnungs-,
Rechts- und Veranlagungs-
angelegen 10 J.
Im redaktionellen Teile
folgt die Seite 10 J.
Inserate für die fällige
Nummer müssen spätestens bis
vormittags 1/2 Uhr in der
Expedition aufgegeben sein
Eingetragen in die Ver-
zeichnungsliste unter Nr. 7501.

Abonnementspreis
monatlich 50 J., 1/2 Jahr 1.50 J.
jährlich 1.80 J. Durch
die Post bezogen 1.65 J.
„Die Neue Welt“
(Unterhaltungsbeilage) durch
die Post nicht bezugsbar, folgt
monatlich 10 J., 1/2 Jahr 30 J.

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißenfels-Zeitz,
Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Verlag von H. W. Schmidt, Halle a. S., Poststraße 21, erster Hof parterres rechts. Telefon-Nr. 1047.
Redaktion und Expedition: Geystraße 21, erster Hof parterres rechts. Telefon-Nr. 1047.
Telegraphen-Adresse: Volksblatt Halle a. S.

Nr. 171 Halle a. S., Sonntag, den 24. Juli 1898. 9. Jahr

Die Stellung der Arbeiter und Unternehmer zu der Gewerbeaufsicht.

In einer Beziehung steht die Fabrik- und Gewerbeaufsicht in Bayern weit über der preussischen: die Beamten sind darin einig, daß eine möglichst enge Fühlung nicht nur mit den Unternehmern, sondern namentlich auch mit den Arbeitern von der größten Bedeutung für eine möglichst erfolgreiche Einwirkung ihrer Tätigkeit ist. Dies tritt in dem neuesten Jahresbericht der bairischen Fabriken- und Gewerbe-Inspektoren aufs klarste zu Tage.

In der, auf Grund der Einzelberichte verfaßten Einleitung wird rückhaltlos ausgesprochen, daß die Beamten in der Pflege der Beziehungen zu den Arbeitern „eine wesentliche Förderung des Dienstes“ erblicken. Es wird darauf hingewiesen, daß die Gewerbeaufsicht fortwährend in erfreulichem Maße an Arbeitsgebiet (sowie an praktischer Bedeutung für die gewerblichen Verhältnisse) gewonnen habe. Diese günstige Entwicklung hänge aus innigen Zusammenhänge mit den Fortschritten des Verkehrs zwischen den Aufsichtsbeamten und den Personen ihres dienstlichen Wirkungskreises. „Ganz besonders gilt dies“, heißt es dann wörtlich weiter, „von der Stellung zu den Arbeitern, worüber aus allen Aufsichtsbezirken befriedigende Äußerungen vorliegen.“ Von den Einzelberichten ist der für Oberbairern hervorzuheben, der es als „eine erfreuliche Besserung“ begrüßt, daß den Beamten ein wachsendes Vertrauen entgegengebracht wird.

In der Art des Verkehrs der Arbeiter mit den Beamten ist im Laufe der Zeit eine auffallende Wandlung eingetreten. Anfänglich, hatten sich die Beamten während der Besichtigungen der Betriebe bei den Arbeitern nach den Zuständen und etwaigen Wünschen und Beschwerden erkundigt. Hiervon kommen die Beamten zum Teil immer mehr ab. Denn dies erregt, wie der Bericht aus dem Regierungsbezirk Schwaben und Neuburg hervorhebt, den Argwohn der Unternehmer und führt nicht selten zur Entlassung der Arbeiter.

Auch in den Sprechstunden stellen sich nur verhältnismäßig wenig Arbeiter ein — aus dem bekannten Grunde, aus Furcht davor, daß sie von den Unternehmern beobachtet und dann gemeldet werden.

Einem Ersatz für die Beschränkung des Verkehrs bei den Revisionen und in den Sprechstunden bieten die Beschwerdekommisionen, wie sie in mehreren Städten bereits früher bestanden und im letzten Jahre in Franzenhain und Bayreuth neu eingerichtet worden sind. Diese Beschwerdekommisionen waren früher und sind vielleicht jetzt noch in den Augen gewisser Beamten ein Übel. Sind sie doch eine Einrichtung der „gefährlichen“ Fachvereine und — vor allem wissen — enthalten vielleicht eine Gefahr für die „Ordnung“. Von dieser irdischen Furcht sind die bairischen Gewerbeaufsichts-Beamten frei. Sie treten gerne mit den Beschwerdekommisionen in Verbindung und bestätigen ausdrücklich, daß sie mit ihnen gute Erfahrungen gemacht haben.

Der Berichterstatter aus der Pfalz erinnert daran, daß er die Beschwerdekommisionen bereits in einem früheren Berichte als sachdienlich bezeichnet hatte. Der Beamte für den Regierungsbezirk Unterfranken und Altsachsen, der sogar den „Verkehr mit den bestehenden Beschwerdekommisionen, deren Tätigkeit sich nach jeder Richtung hin bewährt hat, nach Möglichkeit zu beleben“ wünscht. An den Beamten für den Regierungsbezirk Schwaben-Neuburg werden sich in neuerer Zeit auch auswärtige Arbeiter durch ihre Beschwerdekommisionen: dadurch erhalte er „ein nicht zu unterschätzendes Material für seine Inspektion“.

Unter diesen Umständen ist es begreiflich, daß der Verkehr zwischen den Beamten und den Arbeitern ein immer regerer wird. Von der Gelegenheit, mit den Beamten in die „Einleitung“ — in wachsendem Maße Gebrauch gemacht. Im Regierungsbezirk Oberbairern findet mit einzelnen Arbeitern wie mit Arbeitervereinigungen und Arbeiterorganisationen ein ziemlich reger Verkehr statt. Außerdem gehen „die Beziehungen zu den Arbeitern einer erfreulichen Besserung entgegen und lassen erkennen, daß dem Institute der Gewerbe-Inspektion von dieser Seite ein wachsendes Vertrauen entgegengebracht wird.“ Der Beamte für den Regierungsbezirk Pfalz wurde von den Arbeitern „lebhaft“ in Anspruch genommen. Seinen Verkehr mit Arbeitern und Arbeitervereinigungen kann er als einen „regen“ bezeichnen und hat über Mangel an Vertrauen nicht zu klagen. Auch gegenüber dem Beamten für den Regierungsbezirk Oberpfalz und von Regensburg haben die Arbeiter sich rückhaltlos ausgesprochen, vertrauensvoll ihre Wünsche bekannt gegeben oder ihre Zufriedenheit erklärt. Im Regierungsbezirk Oberfranken ist der Verkehr mit den Arbeitern etwas gewachsen, das Vertrauen der Arbeiter zu den Gewerbeaufsichtsbeamten nimmt, wenn auch langsam, so doch stetig zu. Der Beamte für den Regierungsbezirk

Schwaben und Neuburg darf im allgemeinen behaupten, „daß das Vertrauen der Arbeiter zu den Gewerbeaufsichts-Beamten im Berichtsjahre eher zugenommen als abgenommen hat“.

„Das Ergebnis der Inspektionen bezeugt das Verhältnis der Gewerbeaufsichtsbeamten zu den Arbeitgebern: Je mehr Ausgehungen gemacht und je mehr Anordnungen zum Schutze der Arbeiter getroffen werden müssen, desto unangenehmer wird die Fabrik- und Gewerbeaufsicht empfunden und desto größer ist die Neugierheit, den Aufsichtsbeamten zu opponieren.“ Das ist die Erfahrung, welche der Beamte für den Regierungsbezirk Schwaben und Neuburg in seine Berichte mitteilt. Ähnliche Beobachtungen wurden auch in anderen Bezirken gemacht. In dem Regierungsbezirk Niederbairern veranlassen einzelne „empfindlichere“ Fabrikbesitzer auf die Dauer der Besichtigung eine gewisse Spannung im Verkehr kaum zu unterbreiten oder fällen das Bedürfnis, sich gelegentlich der Begegnung mit Regierungsorganen über die Befugnisse der Aufsichtsbeamten Aufklärung geben zu lassen. Ja, der Beamte für den Regierungsbezirk Unterfranken und Altsachsen hat, um die Empfindlichkeit der Unternehmer zu schonen, den Verkehr mit den Arbeitern innerhalb der Betriebe, so weit dies ohne Beeinträchtigung der Dienstaufgaben möglich war, nur auf das Nötigste beschränkt. Gleichwohl kam es einige Male vor, daß Unternehmern oder deren Vertretern Bezeugung dahin erteilt werden mußte, daß der Aufsichtsbeamte nicht nur das Recht (sondern auch die Pflicht) habe, mit den Arbeitern innerhalb der Betriebe ins Benehmen zu treten. Einen unerwarteten Erfolg hatten auch die Besichtigungen mehrerer Scheinereibetriebe in Altsachsen. Dort traten verschiedene Meister nach den Revisionen zusammen, um in gemeinsamer Beratung zu erörtern, aus welchen Gründen wohl ihre Betriebe besucht worden sind. Einigen ungeschulden Lehrlingen ist zuverlässiger Anteilnahme zufolge das Ergebnis der Beratung in höherer Weise mitgeteilt worden. Dem Bericht für den Regierungsbezirk Schwaben und Neuburg entnehmen wir noch folgende Einzelheiten: Einzelne Unternehmer traten mit der Behauptung hervor, es sei ihr Betrieb überhaupt nicht zu den fabrikmäßigen zu zählen und verweigern, die der lgl. Regierung durchzugeben, daß ihnen die unentbehrlichen Revisionen ihrer Werkstätten erspart blieben, obwohl in ihren Betrieben mit Dampf und Wasserkraft gearbeitet wird und die gefährlichsten Holzbearbeitungsmaschinen benutzt werden. Ferner häuften sich im Berichtsjahre die Fälle, in denen sich die Unternehmer weigerten, die von den Gewerbeaufsichtsbeamten geforderten Schutzvorrichtungen anzubringen. Erst nach vielen Hin- und Herstreitigkeiten und nach Androhung des weiteren gesetzlichen Verfahrens bequamen sich manche Unternehmer, ihren Betrieb so einzurichten, daß die Arbeiter gegen Gefahren für ihr Leben und ihre Gesundheit geschützt sind.

Diese Thatsachen sind für die Arbeiter sehr lehrreich. Sie beweisen, wie notwendig und schließlich doch auch nutzbringend eine möglichst enge Fühlung mit den Gewerbeaufsichtsbeamten ist.

Tagesgeschichte.

Das Kaisertelegramm. Daß sich der Kaiser den Ton verbittet, den sein fürstlicher „Vetter“, der Regent von Lippe-Deinold, sich erlaubt, hat seinen Grund in dem gespannten Verhältnis, das schon seit längerer Zeit zwischen den zwei Häusern von Gottes Gnaden besteht. Dasselbe entstand, als der Graf v. Lippe-Deinold auf Grund des unter dem Vorhitz des Königs von Sachsen ergangenen Schiedspruchs die Regiererschaft übernahm, die bis dahin der Prinz Adolf von Viedeburg, der Schwager des Kaisers, geführt hatte. Damals schon richtete der Kaiser ein Telegramm an seinen Schwager, den nicht anerkannten Lippe-Deinold, worin es hieß, einen besseren Regenten als ihn, werde Lippe-Deinold nie mehr bekommen. Des weiteren wurde sofort die preussische Vertretung am Lippe'schen Hof zurückgezogen. Jetzt erfahren wir mehr; der Befehl des Kaisers, daß den Kindern des Regenten die militärischen Honorens, die sonst allem, was prinzipal ist, erwiesen werden müssen, samt dem Prädicat „Erlauch“ zu verlagern seien, läßt keinen anderen Schluß zu, als daß man jenen Kindern die Ehrenbürgerlichkeit absperrt und ihnen die Erbfolge zu bestreiten gedenkt, womit der Prozeß um Lippe eine zweite Auflage erhalten würde. Um übrigens wird der Meinungs-austausch den Sympathien, deren sich das Haus des Grafen Regenten im lippe'schen Ländchen zu erfreuen hat, wenig Abbruch thun, und die Bevölkerung an einem militärischen Hof und Hofstaat kann sogar vorteilhafte Folgen nach sich ziehen.

Gegen das allgemeine Wahlrecht läuft auch das Deutsche Adelsblatt nach dem Muster der Kreuzzeitung, um eine „Erbewegung“ nach mittelalterlichem Sittenrezept herbeizuführen. Natürlich! Bis zur französischen Revolu-

tion war der Adel der erste Stand, dann kam die Geistlichkeit, und beide haben um die Werte das Volk derartig ausgebeutet, daß es endlich dem dritten Stande zu viel wurde. Der fromme Reichsbote nimmt mit Bedauern von den mittelalterlichen Vorlägen Notiz und verflucht: „Das berührt sich eng mit Ideen und Vorstellungen, welche auch uns seit längerer Zeit bewegen.“ Man sieht, die Reaktion wird, kann, daß die Reichstagswahl vier Wochen her ist, immer dreister in der Demarkierung ihrer wahren Absichten.

Die Kolonialfrage wollen Elaverei. Das ist nichts Neues, muß aber immer wieder festgesetzt werden. Durch die bürgerliche Presse geht jetzt folgende Notiz:

Die Arbeiterfrage in Kamerun beschäftigt die Interessenten in Kamerun in gleicher Weise wie die Regierung, welche gerade dieser Frage ein sehr lebhaftes Interesse entgegen gebracht hat. Durch den in diesem Jahre mit Liberia abgeschlossenen Arbeitervertrag hat sie die Beschaffung von Kuleuten verbilligt und somit erleichtert. Auch ist es ihr gelungen, Jaundeleute in großer Anzahl zum Zwecke der Plantagenarbeit an die Küste zu bringen, so daß sie in der Lage war, den sich an sie wendenden Plantagen Arbeiter in gewünschter Anzahl zu stellen. Sie behält sich dabei das Recht vor, die Kontrolle über die gerechte Behandlung und Lösung der Arbeiter auszuüben. Die Plantagen stehen daher auch teilweise der Arbeitervermittlung in dieser Form ablehnend gegenüber. Es es gelingen wird, diesen Zustand von Jaundeleuten dauernd zu erhalten, ob sie sich auf die Dauer als Plantagenarbeiter bewähren werden, das sind zur Zeit noch offene Fragen. Länger als auf ein Jahr verdingen sich weder die Libieraner noch die Eingeborenen des Schutzgebietes. Es fehlt nicht an Vorhörungen, durch Zwangsmaßnahmen Arbeiter mit längerer Dienstverpflichtung zu beschaffen. So ist z. B. vorgefallen worden, die unbotmäßigen Stämme des Hinterlandes bei ihrer Niederwerfung zu mindestens fünfjähriger Arbeit in den Plantagen zu zwingen, nach Art der portugiesischen Constavados auf Sao Thome. Die deutsche Regierung hat sich allen ähnlichen Wünschen gegenüber bisher mit Recht ablehnend verhalten. Es liegt entschieden im Interesse der Kolonie, die Eingeborenen mit der deutschen Herrschaft zu verbinden und für die Kultur zu gewinnen u. s. w.“

Daraus ergibt sich nun folgendes: Die Regierung leistet den Plantagenbesitzern die weitestgehenden Dienste, sie beschaffen ihnen taugliche und billige Arbeiter, ganze Volksstämme „bringt sie an die Küste“, wobei es sicher ohne Zwang nicht abgeht. Natürlich darf sie nicht so weit gehen, diese Arbeiter ganz der Willkür preiszugeben, denn dann wäre es ja ganz gewöhnlicher Skavenhandel. Die Plantagenbesitzer aber sind damit nicht zufrieden, sie wollen die Elaverei in aller Form!

Die Stämme, denen das Land raubt, die man der Bevölkerung preisgibt und die man, wenn sie von Verwovnung getrieben, sich widerlegen, mit Pulver und Blei niederzwingt, sie sollen in die Sklaverei geführt werden, sollen den Plantagenbesitzern ausgeliefert werden! „Unbotmäßige Stämme“ sollen es sein; diese Unbotmäßigkeit besteht darin, daß die Leute sich zu der Schinderei auf den Plantagen nicht bequemen wollen, deshalb sollen sie „niedergerufen“, d. h. decimiert werden, und dann zur Arbeit gezwungen werden. Das ist genau das System, welches die Spanier und Portugiesen in ihren Kolonien anwandten, das System, welches schließlich zu den furchtbaren Greueln der kolonialen Elaverei führte. Wohin das System schließlich führt, das sehen wir jetzt an der Lage Spaniens. — „Bisher“ verhält sich die Regierung ablehnend, wird sie sich auch fernerhin ablehnend verhalten? Wir wollen es hoffen, denn zum Glück gibt es in Deutschland eine Sozialdemokratie, mit der sie zu rechnen hat. Was aber unsere Sozialdemokraten sind, welche Wünsche sie hegen, wohin sie streben, das dürfte wohl jedem klar sein.

Der achte Weltweife ist gefunden. Ein abgaben deutscher Amtsträger hat nun endlich nach so vielen vergeblichen Versuchen das rechte Mittel gefunden, dem Drachen Sozialismus nachzugehen bis ans Herz den Stahl zu stoßen. Er fordert nämlich wie die Leipziger Altsachsenpatrioten zur Bildung eines Vereins auf gegen die Ausbreitung der Sozialdemokratie. Der amtsdienliche Ebeling ist Mitglied des — Bundes der Landwirte. Hoch und dreimal Hoch dem weisen Retter der Thomasmehrpflanze!

Ausland.

Frankreich. Pola hat bereits vorgestern die Schweiz wieder verlassen und soll sich über Hamburg nach Norwegen gewendet haben, wohin er zur Erholung zu gehen beabsichtigt.

Die Untersuchung gegen Esterhazy scheint nicht ohne Ergebnis zu bleiben. In Paris verlautet, daß

Bereits Verhaftungsbeschlüsse gegen mehrere hervorragende Mitglieder erhoben worden sind, und zwar auf Grund der bei Osterfest beschlagnahmten höchst wichtigen Dokumente. Nach einem weiteren Verhör am Freitag wurde Oberst Hardy Donnerstag abend zwei Stunden in Sachen Verhaftung verurteilt und seine Papiere im Kriegsministerium beschlagnahmt. Der Untersuchungsrichter Fröbe verurteilte nachmittags den General Belluz und den Kommandanten Rosary in Spanien. Wenn man wissen will, wogin ein Staat durch das Pfaffen- und Junkerregiment gefährdet wird, so braucht man nur auf das von der Natur so reich und gebietete und trotzdem gänzlich verarmte Spanien zu blicken. Wenn von beiden, den Junkern oder den Pfaffen, der größere Anteil am Sturz des Landes zukommt, ist schwer zu entscheiden; aber auf den Hund gebracht ist das Land durch sie.

Krieg zwischen Spanien und Nord-Amerika.

Am Donnerstag ist von den Amerikanern die Beschießung von Manzanillo fortgesetzt worden.

Nach dem amtlichen Bericht über das Gefecht vor Manzanillo verlor die amerikanische Geschwader 3 spanische Handelsschiffe. Die Spanier litten 100 Tote verloren haben, die Amerikaner hatten vier Tote und Verwundete.

Nach einer in Madrid eingegangenen Privatbesprechung aus Havana laubten die Amerikaner in der Umgebung von Manzanillo. Die spanischen Truppen, welche die Umgebung der Stadt bewachen, schießen auf die Amerikaner, welche das Feuer erwidern. Die Mannschaft der von den amerikanischen Geschwadern zerstörten Kanonenboote rettete sich mit einem Teil ihrer Habe an Land. — Man erwartet einen Angriff der Amerikaner auf Manzanillo vom Lande und vom Wasser aus.

Die kubanischen Insurgenten wollen sich von den Amerikanern trennen und unabhängig von diesen den Kampf weiter führen. Der Führer der Aufständigen, Garcia, der also noch am Leben ist, hat an den General Schafter geschrieben, die Aufständigen werden nicht mehr mit den Amerikanern zusammenwirken, sondern unabhängig von ihnen wie vor ihrer Ankunft handeln. Er werde sich infolge dessen mit seinen Truppen in die Berge zurückziehen.

In Spanien ist wieder eine Ministerkrise ausgebrochen.

Soziales.

Kurze Arbeitszeit, hoher Lohn. Das Sächsisch-Kölnische Reich: Die schon öfters von Verteilern der Arbeiterzeitung herorgegebene Tatsache, daß bei kürzerer Arbeitszeit nicht immer die Leistungen und damit der Verdienst geringer werde, läßt sich auch im hiesigen Bergrevier mit Beweisen belegen. So ist auf dem Schabewerke (Oberhohndorf) die achtstündige Schicht einschließlic der Einnahme und Ausfahrt, also Dreiviertel-Belegung eingesetzt. Deshalb werden aber keineswegs niedrigere Löhne ausbezahlt als auf Werken, wo elf- und zwölfstündige Schichten verfahren werden. Es sind bei achtstündiger Schicht im letzten Monat noch 3-4 Mk. pro Schicht überflüssig verdient worden, bei elfstündiger Schicht aber keineswegs mehr, sondern — einzelnen Fällen noch weniger. Daß trotz solchen Resultaten viele hiesige Bergverwaltungen sich den Bestrebungen der einschüchternden Vergleiche, die Schichtzeit wieder auf das normale Maß von zehn Stunden herabzusetzen und keine Fehlschicht mehr zu verordnen, entgegenstellen und das Lebensdennmachen noch förmlich behindern, verriät wenig wirtschaftliche Einsicht, keine Rücksichtnahme auf die Gesundheit der Arbeiter und wird auch niemals zur Förderung eines erträglichen Einkommens zwischen Unternehmern und Arbeitern beitragen, sondern eher das Gegenteil erzielen.

Polizeiliches und Gerichtliches.

Wegen Verleumdung der preussischen Richter in die Magdeburger der Redakteur der Volksstimme Müller zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden.

In der Kammer-Republik Hamburg sind jetzt Veranlassungen an der Tagesordnung. Am Donnerstag abend fanden vier große Versammlungen zu Gunsten der hiesigen Arbeiter statt. Eine davon, in welcher Franz Schindler referierte, wurde ausgesetzt, weil eine solche Versammlung gegen die nichtverpflichtenden Arbeitermeister ist. Am gleichen Abend wurde eine Sitzung der Delegierten des Gewerkschaftsrates angesetzt, weil ein einzelner die leitende der Arbeitervereine beherrschende Organisation des Personalvereins kritisierte und dabei das bekannte Wort gebrauchte: Der größte Kampf im ganzen Land, das ist und bleibt der Demagogismus. Die Kommissionsarbeit hat beschlossen, jetzt gegen alle derartigen Auslassungen Beschwerde zu führen und dabei sich um Wirtensschutz zu geben.

Genosse Büchel aus Blankenburg wurde wegen Richter-Verleumdung, die er in einer Versammlung gehalten haben soll, vom Hildesheimer Landgericht zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Parteiangriffe.

Die italienischen Sozialisten in der Schweiz hatten am 21. Juli und 1. August in Bern ihren Kongreß ab.

Gewerkschaftliches.

Ein Arbeiter-Sekretariat zu errichten, hat auch das Gewerkschaftsrat von Frankfurt a. M. beschlossen. Die Frage schwebt schon seit drei Jahren. Es sollte erst ein Grundstock von 4000 M. geammelt werden. Bis jetzt sind etwa 2500 M. angebracht. Es sollen sofort zwei Schritte unternommen werden. Das Gewerkschaften wurde durch einstimmige Annahme eines Antrags empfohlen, die Beiträge für das Arbeiter-Sekretariat obligatorisch zu machen und mit der Sammlung der Geldmittel sich so zu heilen, daß am 1. Oktober, spätestens zu Neujahr das Institut ins Leben treten kann.

Ein Arbeiter-Sekretariat zu errichten, hat die organisierte Sozialistische Arbeiterpartei beschlossen. Als Sekretär wurde Paul-Gumboldt gewählt.

Die Maurer in Grimmschau verlangen 5 Pf. mehr Stundenlohn.

In Greiz haben die Maurermeister es abgelehnt, das Gewerkschaftsamt für die hiesigen Maurerzeit anzuerkennen.

Zum Hamburger Bäckerstreik und Brothofstrotz nahmen am Mittwochabend vier Frauen-Veranstaltungen in Hamburg Stellung. In drei der Versammlungen gelangte eine Resolution zur Annahme, die den Frauen ihre Sympathien für die

Streikenden auszudrücken und in energischer Weise protestieren gegen die von den Bäckerherren beschriebene, Beschneidung der freien Willensäußerung. Die vierte Versammlung verließ der Aufbruch, weil ein etwas lautes Wort gegen die Bäckermeister ausgesprochen wurde. Ueber die zu erwartenden Leistungen des Bäckerkampfes äußert sich Dr. Ernst Franke in der Sozialen Woche wie folgt: „Wir sind die Unterführung nachhinderlicher Weiser noch wenig zahlreich. Freilich werden die kleinen Weiser schwer geduldet, wenn nicht ruiniert werden, deren Baderien in den Arbeiterkreisen liegen und deren Beschäftigung schon länger erwidert wurde infolge ihrer Unfähigkeit, durch Befolgung von Maßnahmen aller Art ihre Vertriebsstellen herabzubringen. Der Streik scheint den Anlaß zu geben, daß das Bäckergewerbe einen bedeutenden Fortschritt in der Entlohnung zum Grobbertrieb macht.“

Wichtig gehen bei diesem Streik eines gewiss nicht gegen die Arbeiterzeitung ein, sondern gegen die Arbeiterzeitung, die den Anlaß der Zeitung befähigten Meistern die Augen darüber auf, welche Geschichte sie durch ihre Unfähigkeit befragen.

Steinarbeiter! Die Steinmetzen und Schleifer der Firma Sauer in Wolfen sind seit Freitag im Ausstand. Beteiligt sind 24 Steinmetzen und 27 Schleifer mit insgesamt 78 Arbeitern. August nach Nord ist streng hier zu halten.

Die Eisenarbeiter in Mannheim waren an die Direktion mit Lohnforderungen herangegangen. Die Direktionsleitung hat sich bereit erklärt, in Verhandlungen über einen neuen Lohnvertrag einzutreten.

Die Sandstrahlarbeiter der Firma Steinmann in Salverstadt. 12 Mann, legen wegen Abregung eines Kollegen die Arbeit nieder.

Schmiede. In München ist der Streik proklamiert worden, nachdem die Arbeiter die Erfüllung der Forderungen an dem Tag abgelehnt haben. Die Arbeiter verlangen: 1. Einführung der achtstündigen Arbeitszeit. 2. Abschaffung von Roth und Logis. 3. Wochentage sollten nicht ausbezahlt werden. 4. Bezahlung eines Minimallohnes von 3 M. pro Tag. 5. Für Lehrkinder und unermittelbare Familiensituationen 2 M. 6. Jahresschluß und der Befehlshaber von 5. Schlußschluß in Reichelautern sind Vorbildfaktoren ausgedrückt.

Lokales und Provinziales.

Halle a. S., 23. Juli 1898.

Wie weit wird's noch gehen? Gestern wurde Ab. Thiele gerichtlich vernommen wegen zweier Majestäts-Verleumdungen, deren er sich schuldig gemacht haben soll. Und worin sind dieselben gefunden worden? Vor kurzem war im Volksblatt unter Baumberg und andern Text unter Freyburg mitgeteilt worden, daß mehrere militärisch-junge Leute sich dem Ralembien durch Auswanderung entzogen haben und deshalb zu Selbsttötung verurteilt worden sind. Die Korrespondenzen waren unter der für diese Mitteilung seit Jahren üblichen und noch nie irgendwo beanstandeten Spitzmarke „Staatsbürger“ veröffentlicht worden. In dieser Spitzmarke wird die Majestätsverleumdung erklährt, und da bekanntlich doppelt besser hält, hat die Staatsanwaltschaft gleich zwei Verfahren wegen des genannten Delikts eingeleitet. Da steht doch wirklich der Geist in Bewunderung still, und er erwidert und er erwidert, was denn nun keine Majestätsverleumdung mehr ist!

Wenn die Staatsanwaltschaft wüßte, welchen Eindruck ihr neuer Versuch auf weite Kreise, auch auf solche, die uns noch sehr fern sehen, machen wird, würde sie ihn vielleicht unterlassen haben. Daß sich der Versuch zu einer von Landgericht genehmigten Anlage verichten könnte, halten wir für ausgeschlossen. Und noch etwas Neues: Unter Kollege Weismann war während der letzten beiden Wochen vertriebt. In die Zeit fiel ein Termin vor dem Schöffengericht zu Delitzsch. Ein dortiger Tischlermeister hatte unseren Kollegen verklagt. Aus hier nicht darzulegen den Gründen war das Schöffengericht um Verlegung des Termins nicht abgegangen. Das Gericht beschloß die Verlegung des Termins und Weismanns Vorführung. So bald Weismann zurückkehrte, wurde er nach Delitzsch, erstinstanzlich sein fernstehendes und erhielt den Befehl, der Vorführungsbefehl wurde aufgehoben und er in Kenntnis gesetzt werden, wenn der neue Termin stattfinden. Gestern lief aber der Befehl ein, daß es bei der Vorführung verbleiben werde trotz Weismanns Vorführung, zum Termin zu erscheinen, die für sein fernstehendes angegebene Gründe sein nicht stichhaltig. — Kollege Weismann will sich bis zum Termin in Tragen eiferner Ketten aben, damit er mit gebührender Würde am Vorführungstage unter Bewachung zweier Bedarmten seinen Einzug in die Stadt halten kann, in welcher er noch vor wenigen Wochen zur Sicherung aus das höchste vom Volke zu vergebende Ehrenamt, das eines Reichstagsabgeordneten, fand.

Zum Maurerstreik. Einer der hervorragendsten Maurermeister, der bis her noch nicht demüthigt hatte, erklärte sich gestern den Politikern gegenüber bereit, die 45 Pf. Stundenlohn zu zahlen. Abgleichende Verhandlungen haben noch nicht stattgefunden. Die auswärts arbeitenden Maurer werden sehr wahrscheinlich so lange nicht zurückkehren, bis der Streik endlich beendet ist.

Zepphunds Weisheit. Nicht, daß die im nachfolgenden mitzuteilende Weisheit kein Pfund wogon hätte — bean sie ist wirklich leicht — sondern sie ist in dem bekannten Hotel Zepphunds in Thale a. Harz zu Tage gefördert worden und zwar bei Gelegenheit einer Versammlung des deutschen Draufholens-Industrie-Vereins am 2. Juli 1897. Der Geschäftsführer genannten Vereins, Herr Dr. Mohs in Halle, hielt einen den Geschäftsbericht erläuternden Vortrag. Einige seiner Ausführungen haben auch jetzt noch aktuelles Interesse und verdienen darum herausgegeben zu werden. Da die oberste Vergabebehörde durch Erlaß dem planlosen Zubrudeben der Oberfläche entgegengetreten ist, wurde von Herrn Mohs als eine schwere Schädigung der Bergwerksbesitzer bezeichnet, ihr Recht, das Bergwerk bestmöglichst auszunutzen, sei dadurch in hohem Maße geschädigt worden. Es ist immer hübsch, wenn sich eine Kapitalistenfelle so völlig nach und ohne Genüßung zeigt. Was sich die Bergwerksbesitzer das Gemeinwohl an! Wenn sie nur „ihre Vergabe bestmöglichst“ (zwei Superlativ in einem Worte!) ausnützen können. Wenn man weiß, wie zahl und zahl die preussische Vergabebehörde gegenüber den wirtschaftlichen Ausdehnungen der Bergwerksbesitzer verhält, gewinnt die Auslassung des Herrn Dr. Mohs noch an Wert.

Darauf kam Herr Mohs auf den vorjährigen Bergarbeiterstreik im Westfälischen Reviere zu sprechen. Er stellte ihn hin als die Folge des kurz zuvor in Gelmstedt tagenden Bergarbeiterkongresses und der in unserem Volksblatt im Halbescheider Partisanen-Organen „Sehnsucht“

Wörterlich ließ sich dann Herr Mohs, ein hervorragender Reformer bei den hier abgehaltenen „sozialwissenschaftlichen Kurien“, vernehmen:

Es ist leicht zu behaupten, daß diese Art der Bergwerke ausfüllig ist und das gewerkschaftliche Leben nicht unter Strafe gestellt wird. Es ist ferner zu behaupten, daß der Sozialismus der gebildeten Schichten zusammen und sich Personen davon beteiligen, denen es in Folge dieses Berufs fernliegen sollte. Es hat sich auch in der augenblicklich im Anstehen befindlichen Revieren ein Wettbewerb an dieser Thätigkeit beteiligt. Es dürfte diese keine Arbeit für einen Selbsterlöser sein, in Arbeitervereinsammlungen aufzutreten und zu agitieren.

Die Bergarbeiterzeitung bezeichnet dann Herr Mohs, daß Prof. Dr. Mohs in Breslau als Anhänger der sozialwissenschaftlichen Richtung von der hiesigen Regierung nicht als Professor an der Universität Freiburg bestellt worden ist. Zuletzt empfahl Herr Mohs noch, „um ruhige Verhältnisse zwischen Arbeitgeber und Arbeiter zu sichern“, den Ausbau der Konventionen und der Revision. Weisheit will der geschloßene Herr den Bergarbeitern gleich einen Betriebsrat einbauen, der verloren geht, wenn der Streik der Schichtarbeit seinen Rufen nicht ruhig die Ruten schlagen darf. Die Bergarbeiter müssen auch aus diesen Auslassungen, die allerdings nicht für die Öffentlichkeit bestimmt waren, erkennen, was sehr die Ursache haben, den Bestrebungen der Bergverwaltungen auszuweichen und sich auf eigene Kraft zu verlassen. Herrn Dr. Mohs aber sind wir dankbar, daß er so unheimlich seinen kapitalistischen Gedanken und Zielen Ausdruck gegeben hat. Die Freilich werden nicht ausbleiben.

Nicht an den Arbeiterverein Germania sondern an den Arbeiter-Versicherungsverein ist das famose Schreiben des Oberbergmeisters Staube mit der Aufforderung, das Mitglied E. auszuscheiden oder der Auflösung geneigt zu sein, gelangt. Vielleicht hat Herr Staube in den letzten Tagen einige auswärtige Wähler zu Gesicht bekommen, die sich auf Grund unserer Mitteilung mit dem Falle beschäftigten. Er wird dann gefunden haben, daß er durch sein Eingreifen die Großstadt Halle noch mehr in den Ruf eines Stadtwinkels gebracht hat, als es ohnehin schon steht. Wenn nicht die Herren der Stadtverordneten begonnen hätten, dürfte Herr Staube versichert sein, daß kein Borgehen in einer Sitzung in der einzig angemessenen Weise kritisiert werden würde. Wir müssen leider „aus Gesundheitsrücksichten“ darauf verzichten. Aber wieder richten wir an das Oberhaupt der hiesigen Verwaltung die Frage: Aus Grund welchen Rechtsmittels hat er sich für befugt erachtet, die Aufforderung an den Verein zu richten? Der Beantwortung dieser Frage wird Herr Staube nicht auf die Dauer ausweichen können.

Der freie deutsche Geist. In die Zeit, in welcher das Rüstgeschloß verboten, Johann der munter Eisenfieder verballhornt, ein Theaterstück mit die Weber von G. Hauptmann von den Bühnen ausgeschlossen wird, gehört auch die neueste preussische deutsche Gesetzgebung auf dem Gebiete des Gesetzesrechts. Durch Erlaß ist der Vertrieb der hiesigen Zukunft sowie die beiden Häftlinge Das Paradies und Simplicissimus auf sämtlichen deutschen Bahnhöfen unterjagt worden. Mit vollem Rechte fragt die Leipz. Volkszeitung:

Wozu sind die Eisenbahnen eigentlich da? Um die Menschen sicher und schnell von einem Ort zum andern zu befördern — oder lösen wir eine Fahrgaste, damit die Eisenbahnverwaltung während der Dauer ihrer Fahrt unser geistiges Wohl in Obhut nimmt? Ist die Eisenbahn eine großartige Verkehrsleistung oder eine riesen-Rinderbezahlungsanstalt mit tauend Filialen im ganzen Land? Ist es nicht löstlich, zu hören, daß einem erwachsenen Unterthanen so etwas an seinem Eigentum geboten wird? Denn was gehört eigentlich die preussische Eisenbahn? Den Behörden, oder dem Volk?

Soll denn die Eisenbahn bestimmen, welche Literatur und besonders welche Zeitschriften hier in Deutschland gelesen werden sollen, und werden im preussischen Eisenbahnministerium Berlin die Befehle dafür erteilt, welche Richtung und Entwicklung die illustrative Kunst zu nehmen und welche Aufgaben sie zu erfüllen hat?

Welche Vorbedingungen, welche Bildung haben denn die Eisenbahnbehörden, um in unser Kunst- und Geistesleben regulieren einzugreifen? Wenn schon eine Kontrolle sein muß, so haben wir in Deutschland doch andere und dazu besser befähigte Leute wie Verwaltungsbeamte der Eisenbahn.

Wenn glaubt man eigentlich mit einer solchen Verfügung zu treffen? Den Simplicissimus? Nein! Der steht seit langem auf dem Beinen wie ein preussischer und baltischer Staatsminister. Der den Geist dieses Blattes etwa? Gäte man an maßgebender Stelle von diesem Geiste nur einen Hauch verpüht, so hätten die Eisenbahnminister durch ihre gewaltthätige Aktion nicht den besten Gann geliefert für eine so freie Aktion wie den Simplicissimus.

Gerade dieses Eingreifen der Eisenbahnbehörden beweist ja, wie notwendig die Fiede des Simplicissimus sind, die — das darf nicht veressen werden — unter dem Befehl von Hurvertaufenden und nicht der schlechtesten im deutschen Vaterlande wöhentlich ausgeteilt werden.

Zu dem Unfall auf dem Staatsbahnhof am Donnerstag abend ist noch nachzutragen, daß der Bergarbeiter Bergarbeiter und Bergarbeiter Bergarbeiter. Das Unheil geschah dadurch, daß R. zwischen die Buffer einer Wagen kam, die zusammenstießen wollte, wobei ihm die Brust zerquetscht wurde und der Tod auf der Stelle trat.

Bei dem Schaufenerbeschießung im Gesicht des Herrn Optikers Schreiber hat, wie letzterer mitteilt, ein Oberleutnant Erner Vincenz im Werte von 150 Mk., sowie ein Bruchstück im Werte von 30 Mk. entnommen worden.

Wegen Erregung öffentlichen Aergernisses ist am 3. Mai der Kaufmann Edward Böhme aus Chemnitz vom hiesigen Landgericht zu 300 Mk. Geldstrafe verurteilt worden. Er hatte am 17. Februar in unserer Stadt Weisheit befragt und gegen die Bergverwalter fragten. An einem Schaufener stand ein vierjährige Schulkind und besaß sich die ausgelegten Gegenstände. Der Angeklagte stellte sich neben sie und irtlich wiederholt mit der Hand in „wohinwollen“ Weisheit über den hinteren Teil ihres Kleides. Als das Mädchen nach der gegenüberliegenden Seite der Straße ging, folgte er ihr. Bekleidete sie nicht nur von hinten, sondern auch von vorne und äußerte einige Worte, die auf unrichtige Absichten schließen lassen. Eine Dame, die ein Polizeibeamter hatten diesen letzteren Borgehen beobachtet. In dem Urteile ist erwähnt, daß der Angeklagte 50 Jahre alt ist und den

Sozialdemokratischer Verein Merseburg.
 Montag den 25. Juli abends 8 1/2 Uhr im Rest. v. Sad, Mühlberg.
Versammlung.
 Tagesordnung: Fortsetzung des Referats über das sozialdemokratische Programm. Referent: Gen. Wittig. 2. Bericht über den nährlichen Bericht erucht. Der Vorstand.

Zentral-Kranken- u. Sterbe-Kasse d. Tischler u. and. gewerbl. Arbeiter.
 Verwaltungsstelle Halle.
 Sonntag den 24. Juli nachmittags 4 1/2 Uhr im Saale d. Moritzburg
Versammlung.
 Tagesordnung: 1. Rechnungslegung u. i. w. 2. Die Apotheker-Frage und Bericht. Der wichtigen Tagesordnung wegen wird erucht, recht zahlreich zu erscheinen.
 Die Verwaltung.

Arbeiter-Bildungs-Verein Zeitz.
 Dienstag den 26. Juli abends 8 1/2 Uhr im Festsaal
Versammlung.
 Tagesordnung: 1. Die letzte Reichstagswahl und die Sozialdemokratie. Referent: Gen. A. Leopoldt. 2. Das Reichstagswahlgesetz, Geschäftliches und Berichtliches. Um das Erscheinen aller Mitglieder erucht. Der Vorstand.

Halleische Genossenschafts-Buchdruckerei.
 G. G. m. b. H. Halle a. S.
 Montag den 1. August 1898 abends 8 1/2 Uhr im Faulmanns Restaurant, Gartenstraße.
ordentliche General-Versammlung.
 Tagesordnung: 1. Halbjahresbericht 2. Vorfahrt. 3. Anträge. Anträge der Mitglieder müssen, sollen sie mit auf die Tagesordnung kommen, bis spätestens Mittwoch den 27. Juli er. schriftlich beim Vorstand eingereicht sein. Der vorstehenden außerordentlich wichtigen Tagesordnung entsprechend, erucht um vollständiges Erscheinen der Mitglieder.
 Halle a. S. den 23. Juli 1898. Der Vorstand. J. M. Naumt, Rentier.

Restaur. Neumarkt-Bierhalle, Breitestr. 3.
 Sonnabend und Sonntag
Hähnchen-Auskegeln auf dem Billard.
 Es ladet ergebenst ein E. Schiemann.

Grosse Ulrichstrasse 50.
 Bringt mein Restaurant in freundliche Einrichtung
Sonntag Frühstücken. Abends Familien-Abend.
 Bitte um gutgen Zutritt. Wilhelm Hinze.

Ernst Kittelmann's Restaurant
 Besenferstr. vis-à-vis d. Büchsenanstalt.
 Sonnabend und Sonntag
Hähnchen-Auskegeln.
 Hierzu ladet mich auf meine schönen Garten-Salattische aufzurufen und ladet zum Besuche freundlichst ein. D. D.

F. B. Heinzel
 Halle a. S.
Schirme.
 Alle Regen- u. Sonnenschirme zu bedeutend zurückgesetzten Preisen.
 Reparaturen u. Besätze schnell gut.

Gasth. 3 Könige.
 Heute Sonntag den 24. Juli
Unterhaltungsabend.
 Tischgäste, pro Woche 3 Mk., werden noch angenommen. Jos. Streicher.

Tinzer Garten.
 Inhaber: E. Tschepke.
 Sonntag den 24. Juli
gr. Frei-Konzert.
 Neuer Saal-Ansatz billig zu verkaufen
 Anhalterstraße 12, S. I.

Credit!
Möbel, Spiegel, Polsterwaren.
 Einzelne Gegenstände zur Komplettierung sowie vollständ. Einrichtungen auf Teilzahlung.

Credit!
Waren- u. Möbel-Kredit-Haus
ROB. BLUMENREICH
 14 Leipzigerstr. 14
 obere Etage.

Credit!
Damen-Herren- u. Kinder-Konfektion.
 Modestoffe, Teppiche, Gardinen, Wäsche, Kinderwagen etc.
 Auf Teilzahlung in wöchentl. 14tag. oder monatl. kleinen Raten.

Credit!
Fahrräder
 bestes Fabrikat.
 Auf Teilzahlung.
Rob. Blumenreich
 14 Leipzigerstr. 14.

H. Schinken,
 Solarstrahlung.
 Bild 5-8 Bfd. per Pfund 60 Bfd.
 A. Zindler, Sehl.
 Weissenhofstr. 10 Nr. 7.

Verlosungs-Gegenstände
 in allen Preislagen zu den billigsten Engros-Preisen.
Abschießader, Abschießerne, Scheiben, Armbrüste, Fußballons, Steghügel, Laternen und Ballons
 außergewöhnlich billig.
Robert Plötz
 17 Leipzigerstraße 17.

In freien Stunden.
 Illustrierte Romanbibliothek.
 Mit Heft 27 beginnt der glänzende Roman
Die Armen und Glenden.
 Von Viktor Hugo.
 Mit Original-Illustrationen von J. Damberger, München.
 In die Tiefen der Gesellschaft führt uns der Dichter hinab und zeigt uns an dem Schicksal seiner Helden die tiefste Ursache des Dichtervortwortes:
 „Für dich den Armen schuldig werden, dann überläßt ihr ihn der Welt.“
 In wöchentlichen Lieferungen à 10 Bfd. zu beziehen durch die
Bolschbuchhandlung, Völsberggasse 1.
 Unsere Bücher-Austräge und alle Expeditionen des Bolschblattes nehmen Bestellungen entgegen.

Handklub „Blauo Bolke“
 Sonntag den 24. Juli von 8 1/2 Uhr an
Tanz-Kränzchen
 im Schades Säulenhause.
 Der Vorstand.

Restaurant Hirtenstr. 13.
 Sonnabend u. Sonntag
Hähnchen-Auskegeln
 Hierzu ladet freundlichst ein
Ernst Zimmermann.

Kothe's Restaurant.
 Jakobstraße 38.
 Sonnabend **Hähnchen-Auskegeln**
 mit gemüthlicher Unterhaltung
 Sonntag früh 8 u. e. 11 u. e. u.
 Hierzu ladet freundlichst ein
 Der Obige

Wichtig!
Restaurant zum schwarzen Mann.
 Merseburgerstraße 150.
 Sonnabend **Hähnchen-Auskegeln.**
 Es ladet ergebenst ein
E. Böhme.

Goldene Egge.
 Sonntag den 24. Juli
gr. Frei-Konzert.
 Hierzu ladet ergebenst ein
Wihl. Lönnig.

Stiefel und Schuhe werden billig repariert, wie bekannt mit guten gebrauchten Riemenleder, nur bei
J. Sternlicht, jetzt Alleeinstr. 10.
 Grdl. Schluß Gr. Mühlstr. 18, III.

Sundekot kauft zum höchsten Preise
Höhen, Spitze 31
Große u. kleine Handwagen,
 neu auch für Kinder verkauft: K. Kind, Giebichenstein, gr. Brunnenstr. 11, II, I.

Sanarietweibchen
 kaufe fortwährend jeden Boten, à Stück 40 Bfd. Böhme, Blumenhagenstraße 8.
Stiefel und Schuhe sehr dauerhaft
 guten Rathen gearbeitet, wie bekannt,
 empfehle zu billigen Preisen nur
J. Sternlicht, jetzt Alleeinstr. 10.

Einem jungen Schühmacher-Gesellen
 sucht sofort A. Blumentritt, Leuchern, Untermergbe 4.
Zu-Waler, Packer u. Anstreicher
 finden Arbeit bei Carl Ruck söhne, Weissenhofstr.

Frauen
 zum Robenabtragen gesucht
H. Koppe, Giebichenstein.
Ein freundlich möblirtes Zimmer
 an zwei Herren zu vermieten.
Oskar Reukauf's Restaurant,
 Gr. Mühlstr. 20.

Für die freundliche Aufnahme und Bewirtung seitens der Kollegen der Halle die besten Dank.
Die Vorstand der Halle Ger. Der Vorstand.

Gezähligen Dank
 dem Arbeiter-Bildungs-Verein von Aue-Neudorf und Zangenberg für das schöne Geschenk zu unserer silbernen Hochzeit.
 Zangenberg den 22. Juli 1898.
Eduard Kolbe u. Frau.

Unser

Inventur-Ausverkauf

dauert nur noch bis Freitag den 5. August.

Trotz der fabelhaft billigen Preise
 erhalten die Mitglieder des Allgem., Giebichensteiner, Trothaer u. Cröllwitzer Konsumvereins

Fleischmarken.

Richard Perlsky & Co.

Große Ulrichstraße 27.
 Warenhaus für Kleiderstoffe, Baumwollwaren, Glas, Porzellan und Emaille.

Berag und für die Inserate verantwortlich: August Groß. — Druck der Halleischen Genossenschafts-Buchdruckerei (G. G. m. b. H.) Halle a. S.

Beilage zum Volksblatt.

Nr. 171.

Halle a. S., Sonntag, den 24. Juli 1898.

9. Jahrg.

Volkschule und Junkertum in Preußen.

„Keine Summe kann besser verwandt werden, als für unsere Schulen. Wenn die Verwendungen auf anderen Staatsgebieten zehnfache Früchte tragen, so werden die Verwendungen für unsere Schulen taubenfrüchtige ideale und materielle Früchte tragen.“

Diese Worte, die einst Johannes Meuel als Abgeordneter dem preussischen Finanzminister zuzuführen zweifellos auch heute noch ihre volle Berechtigung. Schade nur, daß der Mann, der mittlerweile selbst Finanzminister geworden ist, jetzt nicht mehr von den taubenfrüchtigen idealen und materiellen Früchten wissen will. Dem Mann, der jetzt für agrarische Begehrlichkeit stets eine offene Hand hat, muß jeder Pfennig, der für Kulturanfänge verwendet werden soll, mit Mühe und Not fast abgeteilt werden. Und wenn er wirklich schon einmal nach hartem Kampfe eine Summe für Kulturanfänge herausgerückt hat, dann achtet er ängstlich darauf, daß auch ja keine notwendigen Freunde nicht zu kurz dabei kommen. Ist es nicht geradezu eine Schmach für den preussischen Staat, daß der Entwurf des Lehrerbeförderungsgesetzes von 1896 lediglich an seinem extrem agrarischen Charakter gezeichnet ist! Und wenn trotz des geringen Fortschrittes, der mit dem Lehrerbeförderungsgesetz von 1897 gemacht ist, Preußen dennoch hinter anderen Ländern bedeutend zurücksteht, so liegt das wiederum an der agrarischen Tendenz dieses Gesetzes, das namentlich in der Frage der gesetzlichen Regelung der Schulunterhaltungsspflicht auf die öffentlichen Großgrundbesitzer die weitestgehende Rücksicht genommen hat.

Wären die Kulturanfänge ruhig gelassen! Mag ruhig der größte Teil des preussischen Volks in Unbildung aufwachen! Was schadet es? Wenn nur der preussische Junker befristet wird! Das ist der Wahn, der selbst auf den wichtigsten Verwaltungsbereichen, das das Reich den Einzelstaaten überlassen hat, auf dem Gebiete der Volkschule, heute fierig zum Durchbruch gekommen ist. Mag das Junkertum bei den letzten Reichstagswahlen eine noch so große Niederlage erlitten haben, mag das Volk noch so unzureichend erklären, daß es von den „Wahlen und Werten der Nation“ nichts wissen will, die Herren laufen sich nichts dafür, ihnen bleibt ja das größte Junkerparadies des Reiches, ihnen bleibt der preussische Staat, wo sie ungestört schalten und walten können, wo sie in der „Volkserziehung“ fast die Mehrheit haben und wo die Regierung jeden ihrer Willkürgehänge pflegt!

In der That ist der Einfluß des Junkertums auf die Volkschule, namentlich auf die ländliche Volkschule, weit größer, als man gewöhnlich annimmt, und dieser Einfluß äußert sich in zweifacher schädlicher Hinsicht, einmal darin, daß das Volk in vielen Gegenden systematisch in Dummheit gehalten wird, und zweitens darin, daß die Gutsherren, besonders im Osten, es im Laufe der Zeit dahin gebracht haben, sich jeder entsprechenden Mitbeeiligung an den Schullasten zu entziehen.

Unsere Junker mochten gar kein Fehl daraus, daß nach ihrer Ansicht die Massen durch eine gute Volkschule leicht zu klug werden könnten. Diese Herren, die sich nicht daran gewöhnen können, im Menschen den Menschen zu erblicken, die alles, was nicht die genügende Anzahl von Ämtern aufweisen kann, einfach als Arbeitskraft betrachten, die nicht schnell und nicht früh genug auf den Markt geworfen werden kann, möchten am liebsten die Schulpflicht noch weiter herabziehen, als es heute schon der Fall ist. Die Heranbildung einer tüchtigen Jugend erreicht ihnen weit weniger wichtig, als die Beschaffung billiger Arbeitskräfte für die Gutbesitzer. Gaben sie es doch erst kürzlich bei der Besprechung der bekannten Interpellation über die ländliche Gefindearbeit im Abgeordnetenhaus ganz deutlich durchblicken lassen, daß ihnen solche Arbeiter, die nicht lesen und nicht schreiben können, die allerliebsten sind. Natürlich, diese Arbeiter, die noch in Gehorsam zu dem „gnädigen Herrn“ aufbleiben, die keinerlei höhere Bedürfnisse kennen, werden es sich nie in den Sinn kommen lassen, höhere Arbeitslöhne zu fordern oder sich gar zur Erlangung besserer Arbeitsbedingungen organisieren zu wollen. Eine Arbeiterchaft,

die etwas lernt und ihre Interessen versteht, verriecht unsere Junker in Angst und Schrecken; daher ihr Streben, die Volksschule auf ein möglichst hies Niveau herabzubringen.

Hat doch die ostpreussische Landwirtschaftskammer noch vor wenigen Jahren sich allen Ernstes mit einem Antrag beschäftigt, worin die Regierung ersucht wurde, eine Verfügung dahin zu treffen, daß jeder mindestens zehn Jahre alte Junge zum Hüten verwehrt werden darf. Und das, obwohl mehr als einmal die Lehrer auf die Gefahren aufmerksam gemacht haben, die den Kindern durch das Hütemeisen drohen. Aber daran setzen sich die Junker genau so wenig wie die Regierung. So hat erst kürzlich die Regierung in Gumbinnen verfügt, das Hüte-Erlaubnis-scheine „nur“ an elf- und zwölfjährige, mit genügenden Schulkenntnissen versehene Knaben bedürftiger Eltern erteilt werden dürfen. Diese Kinder müssen wöchentlich je einen Tag (!) die Schule besuchen. Ausnahmsweise können Erlaubnisscheine sogar an noch jüngere Knaben erteilt werden, doch müssen diese zweimal (!) wöchentlich in die Schule gehen. Von ganz ähnlichem Geiste ist eine Verfügung der Regierung in Stettin erlassen, so daß man sich angesichts dieser Thatfachen allen Ernstes die Frage vorlegen muß, ob etwa der Hütedienst wichtiger ist, als die Aneignung des elementarsten Wissens.

Wedenkt man ferner das Unwesen der Rübenferien in Gegenden mit Großgrundbesitz, bedenkt man, daß zahlreiche landwirtschaftliche Betriebe eine Beschränkung des Schulunterrichts zu gunsten der landlichen Kinderarbeit fordern, und daß selbst der preussische Landwirtschaftsminister im Abgeordnetenhaus erklärt hat, die Regierung werde auch fernere billigen Wünschen auf Zulassung schulpflichtiger Kinder zu landwirtschaftlichen Arbeiten Rechnung tragen“, so hat man eine ungefähre Vorstellung von der Wertschätzung des Volksunterrichts in den leitenden Kreisen Preußens.

Wie steht es nun andererseits mit den Lasten für die Volkschule, über welche die Großgrundbesitzer nicht genug jammern können? Namentlich ist das in der Befassung vorgezeichnete allgemeine Volksschulgesetz bisher nicht erlassen worden, alle früheren Versuche sind geplatzt, was wir unterdessen mit Freuden begrüßen können. Denn an ein den modernen Anschauungen Rechnung tragendes Volksschulgesetz ist unter den heutigen Verhältnissen doch nicht zu denken, und ein Volksschulgesetz, wie es die konterrevolutionäre Mehrheit des preussischen Abgeordnetenhauses will und wie es seiner Zeit der Minister Graf Bethlig vorgelegt hatte, wäre das Schlimmste, was dem Volke auf dem Gebiete des Schulwesens widerfahren könnte. Es sind bisher nur einzelne Abschnitte des Volksschulgesetzes durch Spezialgesetze geregelt, so das Schulaufsichtsgesetz, das Schulleistungs- und das Lehrerbeförderungsgesetz. Bei all' diesen Gesetzen ist auf die Wünsche der Rationäre über Gebühre nicht genommen worden, und namentlich das reine Lehrerbeförderungsgesetz sichert den kleinen Stadt- und Landgemeinden von Jahr zu Jahr größere Beiträge vom Staate, während die großen Stadgemeinden einen um so größeren Anfall an Staatsbeiträgen zu ertragen haben, je mehr ihr Einkommensteuersoll sich erhöht. Aber auch das bisherige Schulleistungs- und Lehrerbeförderungsgesetz hat die Realitäten nicht berücksichtigt. Erhielten doch die Landgemeinden auf Grund dieses Gesetzes einen Zuschuß von 17½ Millionen, während ihre eigenen Beiträge von 1886 bis 1891 um 14 Millionen zurückerlagen! Ebenso hat die Rücksicht auf seine agrarischen Freunde den Finanzminister von Meuel veranlaßt, bei der Steuerreform von 1893, die die Realitäten an die Gemeinden, besonders an die Landgemeinden und Gutsbezirke überwiegt, davon Abstand zu nehmen, daß das Volksschulwesen finanziell reicher ausgestattet wurde. Kurz, bei jeder Gelegenheit sind den Landgemeinden und Gutsbezirken ihre Lasten erleichtert worden, und so, wo noch die Gutsherren zu gesetzlichen Leistungen verpflichtet sind, werden die Verpflichtungen häufig befristet, wie z. B. die Verpflichtung zur Zahlung der von den Gutsbesitzern nicht aufzubringenden Schulbeiträge.

Bei dieser garten Rücksichtnahme der Regierung auf unsere Junker und bei dem großen Einfluß, den die letzteren auf die ländlichen Volkschulen ausüben, ist es kein Wunder,

daß Preußen in Bezug auf die Volksschulen hinter andere Staaten weit zurücksteht. Nach der im Reichs-Anzeiger veröffentlichten neuesten Schulaufnahme von 1896 lagen von 5,3 Millionen Kindern der öffentlichen Volksschulen 1,4 Millionen, also mehr als der dritte Teil, in Klassen, die amtlich als überfüllt bezeichnet wurden. Dabei ist aber zu bedenken, daß eine Klasse erst dann als überfüllt gilt, wenn mehr als 70 Schüler in ihr sitzen, je eine einstufige Schule ist sogar erst überfüllt, wenn die Zahl 80 übersteigt ist. In Pommern beträgt die höchste Schützanzahl einer Klasse 48, in Posen 40, im „Rande der Schulen“ aber 80! In einstufigen Schulen mit einer Frequenz von 80 bis 100 wurden 1896 noch 143 761 Kinder, in solchen mit einer Frequenz von 100 bis 150 noch 43 014, in solchen, deren Frequenz 150 übersteigt, sogar 1615 Kinder unterrichtet. Und 2409 Kinder mußten überhaupt wegen Überfüllung von der Aufnahme in die Schulen ausgeschlossen werden. Nur 2409 Kinder konnten 1896 wegen Überfüllung nicht in die öffentlichen Volksschulen aufgenommen werden“, heißt es in den neuesten Aufträgen des Konterrevolutionärs Sandbuds. Dieses „Nur“ ist ein lobenswerter Zugeständnis, das mehr als alle andere beweist, wie wenig den Konterrevolutionären an der Verbreitung von Bildung unter dem Volke gelegen ist. Daß 2409 Kleinen in Preußen wegen Überfüllung der Klassen nicht aufgenommen sind, davon hat man vorzugsweise im Militär- und Polizeianstalt zu leben.

Leider hat es die Regierung bisher verjäumt — und sie wird wohl wissen weshalb —, von Zeit zu Zeit geeignete Gutsbezirke und Gemeinden namhaft zu machen, die ihre Pflichten gegenüber der Volkschule am meisten vernachlässigen. Privatent Material zufolge markiert der Osten der Monarchie auch hier wieder an erster Stelle in der Vernachlässigung der wichtigsten Kulturanfänge. So gab es zum Beispiel einem Berichte der Breslauer Morgenzeitung zufolge 1897 in Schlesien 252 öffentliche Volksschulen, in denen auf einen Lehrer über 100 Schüler kommen. In 106 Schulen hatte ein Lehrer 101 bis 110 Schüler zu unterrichten, in 69 Schulen 111—120, in 31 Schulen 121—130, in 23 Schulen 131—140, in 11 Schulen 141—150, in 14 Schulen 151—170, in 7 Schulen 171—200 und in einer Schule sogar 209 Schüler. Der Patron dieser letzten Schule ist der Rittergutsbesitzer, Landesältester, Landrat und ehemaliger Regierungsrat Berlach. Ueber zahlreiche Schulen, in denen mehr als 150 Schüler auf einen Lehrer kommen, üben Mitglieder des preussischen Herrenhauses, über andere die Regierung das Patronat aus. Daß bei einer derartigen Überbürdung der Lehrer von einem auch nur einigermaßen hochgemessenen Unterricht nicht die Rede sein kann, ist einleuchtend.

Aber auch in anderen preussischen Provinzen ist es nicht viel besser bestellt. So wies nach einer Zusammenstellung der Preussischen Lehrerzeitung im Regierungsbezirk Merseburg allein 49 ein Lehrer-Schulen mehr als 110 Schüler auf, davon 13 mehr als 130, eine 150, eine 160. Auch im Regierungsbezirk Magdeburg finden wir Schulen, in denen auf einen Lehrer 130 bis 160 Schulkinder kommen.

Ferner mußten sich nach der Preussischen Lehrerzeitung im Jahre 1895 in der Gemeinde Schwedenhöhe II (Kreis Bromberg) beim Dorfe Wiersdorf ca. 70 schulpflichtige Kinder ohne Unterricht belassen, da es an dem nötigen Lehrpersonal fehlte. In Wörnitz (Altmark) unterrichteten 2 Lehrer 240 Kinder. In Schredendorf in Schlesien wurden in 8 Klassen von nur 4 Lehrern 537 Kinder unterrichtet. In Wischelsdorf verwalten 3 Lehrer 5 Klassen, in Göttersberg wurden von 7 Lehrern in 12 Klassen 582 Kinder unterrichtet, in Leschen (Kreis Groß-Wartenberg) von 2 Lehrern in 4 Klassen 282 Kinder. In Kreis Schweidnitz in Schlesien fehlen nicht weniger als 38 Lehrkräfte. Im Dorfe Rantowen (Kreis Marienwerder) wurde im Oktober 1896 auf Anordnung der Behörde die Schule aus bauspottigen Gründen geschlossen, da jedoch im Dorfe ein anderes Unterrichtsstol nicht aufzutreiben war, so blieben die 70—80 Schulkinder monatelang ohne Unterricht. Der Lehrer der riterrichtlichen Schule in Rantowen mußte wiederholt unter Bedrohungen bei den Schulbehörden die

Fertige

Herren- und Knaben-Anzüge, Ueberzieher, Havelocks, Joppen, Waschanzüge etc.

Grosse Auswahl — vorzügliche Stoffe und Verarbeitung — tadellos Sitz.

Anfertigung nach Mass unter Garantie.

Verkauf zu aussergewöhnlich billigen Preisen.

Brummer & Benjamin

23 Grosse Ulrichstrasse 23, Parterre, I. und II. Etage.

